

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Ausschusses Integration, Bürgerbeteiligung, Inneres, Jugend und Sport** am

Dienstag, 3. Mai 2016 um 17 Uhr

im Sitzungssaal des Ortsamtes Osterholz, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 17 Uhr Sitzungsende: 19 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Schlüter	Sitzungsleitung/Protokollführung
Herr Last	entschuldigt
Herr Meyer	Ausschussprecher
Frau Osterhorn	
Frau Sauer	
Herr Tietjens	
Frau Uysun	
Frau Wedler	

Gäste:

Herr Möller, Leiter Polizeiinspektion Ost
Herr Reitmeyer, ziviler Einsatzdienst Ost
Herr Kopelke, Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei
Herr Spradau, Sozialverband Deutschland
Herr Pilz, Anwohner
Herr Tasan, Quartiersmanager Schweizer Viertel
Frau Haase, Beirat Osterholz
Herr Haase, Beirat Osterholz

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 17.3.2016
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Bereichen Integration, Bürgerbeteiligung, Inneres, Jugend und Sport
3. Aufgaben der Polizeiinspektion Ost, auch unter Berücksichtigung der aktuellen Personalentwicklung, speziell des Reviers Osterholz. Eingeladen:
 - Herr Claus Möller, Leiter Polizeiinspektion Ost
 - Herr Florian Reitmeyer, ziviler Einsatzdienst Ost
4. Mobiler Bürgerservice, Erörterung für die Chance einer Realisierung? Eingeladen:
 - Herr Kopelke, Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei
 - Herr Spradau, Sozialverband Deutschland
5. Vorstellung der Arbeit der Stadtteil-Schule e. V., u. a. Unterstützung für junge Menschen im Strafverfahren. Eingeladen:
 - VertreterInnen der Stadtteil-Schule e. V. -Jugendhilfe-
6. Mitteilungen des Ortsamtes
7. Verschiedenes; u. a.: Themen für die nächsten Ausschusssitzungen

Zu TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 17.3.2016

Das Protokoll der Sitzung vom 17.3.2016 wurde einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Bereichen Integration, Bürgerbeteiligung, Inneres, Jugend und Sport

Zunächst werden Herrn Lankenau und Herr Dunker (Leiter und stellv. Leiter Polizeirevier Osterholz) zur nicht öffentlichen Sitzung des Beirates Osterholz am 30.5.16 bei Mercedes eingeladen. Die Einladung ist entsprechend zuzuleiten.

Ebenso fragt Frau Uysun, ob ein sachkundiger Bürger aus der Vahr, der ebenfalls Interesse an der nicht öffentlichen Beiratssitzung hat, teilnehmen kann. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Frau Osterhorn fragt hinsichtlich der Kriminalpräventionsstelle beim Senator für Inneres, Herr Bähr. Diese Stelle ist dort nicht bzw. der Mitarbeiter ist im Polizeipräsidium. Es geht um Präventionsprojekte, die beantragt werden sollen. Das Ortsamt soll anfragen, welche Projekte bewilligt wurden, ggf. über Herrn Wollborn aus dem Polizeipräsidium.

Es wird hinterfragt, ob dem Revier bekannt ist, dass im Kinder- und Jugendhaus die Rollläden beschädigt wurden. Dies konnte nicht geklärt werden. Herr Tasan wird das prüfen. Auch, ob das DRK Anzeige erstattet hat.

Es wird nachgefragt hinsichtlich der Namensnennung eines Weges nach Dr. Rohmeyer. Herr Schlüter teilt mit, dass Anfragen bei den Behörden laufen. Frau Wedler wendet ein, dass die sog. Rohmeyer-Scheune nunmehr im Besitz der Familie Wedler sei. Ein entsprechendes Schild der Familie könnte dieses Missverständnis aufklären.

Zu TOP 3: Aufgaben der Polizeiinspektion Ost, auch unter Berücksichtigung der aktuellen Personalentwicklung, speziell des Reviers Osterholz

Herr Claus Möller schildert seinen Werdegang innerhalb der Polizei Bremen. Sodann erläutert er noch einmal die Aufgabenverteilung innerhalb der Polizei Bremen, u. a. den 24-Stunden-Streifendienst, der auch über das Revier Osterholz durchgeführt wird. Innerhalb der Polizeiinspektion Ost gibt es mehrere Mitarbeiter, u. a. Herr Wollborn, der für Präventionsarbeit zuständig ist. Auch Pressearbeit wird dort geleistet. In der Polizeiinspektion Ost des gesamten Bremer Ostens wird einmal die Woche eine Zusammenkunft der Revierleitungen durchgeführt. Der zentrale Einsatzdienst ist ebenfalls im Polizeipräsidium unterbracht und hat insgesamt 18 Stellen für den gesamten Bremer Osten, wovon 12 besetzt sind.

Hinsichtlich der Arbeit der Kontaktbereichspolizisten (KOP) ist bekannt, dass 38 KOP's bis zum Jahr 2018 aus Altersgründen ausscheiden. Dadurch, dass die Altersgrenze erhöht wurde, haben sich einige freiwillig bereit erklärt, bis zum 62. Lebensjahr Dienst zu leisten und auch ein Jahr zu verlängern.

Wichtig ist die Unterteilung der Polizeiarbeit und der Wichtigkeit der einzelnen Bereiche in Kategorien. So ist in der Kategorie 1 die Notrufnummer 110 und die Sicherstellung der Abarbeitung dieser Notrufe, die zahlenmäßig ansteigen. Zur Kategorie 2, die innerhalb von 30 Minuten abgearbeitet werden sollen, sind leichtere Einbrüche und Verkehrsunfälle ohne Personenschäden. Zur Kategorie 3 gehört z. B. das Abarbeiten von älteren Einbrüchen. In der Kategorie 1 gibt es ein Zielerreichungsgrad von 8 Minuten. Die Polizeiarbeit wird dadurch effizienter, dass es Teilintegrationskräfte gibt, die den normalen Dienst ergänzen können. So zu den Hauptarbeitszeiten tagsüber zwischen 10 und 22 Uhr. Insbesondere aber auch bei sog. Sonderlagen oder Terroralarm wie in der jüngsten Vergangenheit bereits geschehen. Zum dritten Bereich gehören aber auch die Bearbeitung von Unruhebereichen wie der Bremer Hauptbahnhof oder die Discomeile in der Innenstadt. Allein bei der Durchwahl 110 gab es im vergangenen Jahr 111.000 Anrufe mit steigender Tendenz. Darüber hinaus gibt es auch die Rufnummer 362-0.

Zur Arbeit des zentralen Einsatzdienstes macht Herr Reitmeyer Ausführungen, dass der zivile Einsatzdienst durchaus erfolgreich im Schweizer Viertel unterwegs ist. Es findet ein enger Kontakt zum Revier, aber auch z. B. zur Straßensozialarbeit von Vaja statt. Es ist aber auch richtig, dass es Jugendliche und junge Erwachsene im Schweizer Viertel gibt, die von dieser zugehenden Arbeit nicht mehr erreicht werden.

Weitere Fragen gehen in Richtung der Gesamtsituation der Polizei Bremen. Auch unter Beteiligung von Herrn Kopelke, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, wird noch

einmal die Entwicklung der Polizeistärke dargelegt. Ursprünglich war eine Zielzahl von 2600 Beamtinnen und Beamten angedacht. Zugestanden wurden sodann 2.467. Da zwischenzeitlich nicht genügend Polizisten in der Ausbildung sind, wurde vom früheren Polizeipräsidenten die Formulierung gewählt einer „strategischen Lücke“, die dadurch aufgefangen wird, dass die Beamten 2 Jahre länger arbeiten. Bis 2017 und 2018 war dies angedacht. Die Ausbildung der Polizei dauert jeweils 3 Jahre, so dass diese „Lücke“ erst ab 2018 aufgefangen werden kann. Gleichwohl gibt es, wie gesagt, bei den KOP's allein 38, die aus Altersgründen zwischenzeitlich ausscheiden. Bei der Überlegung, wie diese „Lücken“ gefüllt werden, sind die Reviere gefragt. Herr Möller teilt mit, dass es über die Reviergrenzen hinweg Ausgleiche geben wird.

Herr Reitmeyer führt noch einmal aus, dass im Schweizer Viertel seit langem Drogen gehandelt werden. Es geht nur darum, den Konsum weg von den Kitas und Schulen. Andererseits ist auch festzustellen, wenn der Druck der Polizeiarbeit im Schweizer Viertel zunimmt, dass sodann eine Verdrängung beispielsweise nach Blockdiek stattfindet. Ganz unterbinden wird man diesen Handel nicht können.

Zu TOP 4: Mobiler Bürgerservice, Erörterung für die Chance einer Realisierung?

Herr Kopelke teilt mit, dass er verschiedene Gespräche mit dem Personalrat des Stadtamtes durchgeführt hat. Er stellt insgesamt den mobilen Bürgerservice positiv dar und auch die Verwirklichung, die angedacht war. Er kommt jedoch zurück auf die momentane Gesamtsituation im Stadtamt. Die Kollegen dort sind mit 33 Krankheitstagen im Jahr Spitze was die Bremer Beamten anbelangt. Teilweise wird das Kernpersonal ergänzt durch Poolkräfte der Senatorin für Finanzen. Trotzdem ist es so, dass z. B. durch die Personalentwicklungsquote (PEP) einerseits Neueinstellungen vom Senat und der Senatorin für Finanzen bewilligt werden, gleichzeitig aber über die PEP-Quote eine ähnlich hohe Anzahl ohnehin ausscheiden muss, so dass trotz Ansteigen der Bewohnerzahlen Bremens die Anzahl der Mitarbeiter des Stadtamtes nicht zunimmt. Herr Kopelke teilt mit, dass sehr wohl der Innensenator bzw. die frühere Rot/Grüne-Koalition die Realisierung des mobilen Bürgerservice in Osterholz zugesagt hat und er auch durchaus versteht, dass bei einer weiteren Regierung durch eine Rot/Grüne-Koalition der Beirat auf die Zusage der Koalitionsparteien und dem Innensenator pocht. Vielleicht können noch Gespräche hinsichtlich der Entwicklung der Personalzahlen insgesamt eine Verbesserung herbeiführen. Herr Kopelke sieht auch die Verbindung zum Sozialverband, der sowohl Menschen mit Beeinträchtigungen vertritt, aber eben auch eine große Anzahl Senioren über 60 Jahre als eine sehr sinnvolle Initiative. Bei weiteren Gesprächen steht Herr Kopelke zur Verfügung.

Auch die Initiative vor dem Hintergrund, dass das Stadtamt weiteren Raumbedarf hat und im Ortsamt Räume sind, hält er nach wie vor für plausibel.

Die Misere im Stadtamt führt Herr Kopelke durchaus auch auf die Amtsleitung und auf das nicht durchgesetzte Terminmanagement im Stadtamt zurück. Er selbst musste einen PKW anmelden und bekam dafür lediglich einen Termin in 6 Wochen. Gleichwohl hat er Verständnis, wenn von 40 Stellen im Stadtamt 30 über die PEP-Quote eingespart werden müssen und nur eine Verstärkung von 10 ankommen, dass es hier erhebliche Probleme gibt.

Für die Polizei Bremen wünscht er sich 200 Stellen mehr. Insoweit gibt es bei der personellen Aufstockung Unterstützung der Fraktionen von SPD, CDU und FDP. Er bittet die Beiratsvertreter und das Ortsamt hinsichtlich des künftigen Haushalts Gespräche mit den Stadtteilabgeordneten und Deputierten zu führen. Der Haushalt wird schließlich von der Bürgerschaft beschlossen.

Herr Spradau vom Sozialverband Deutschland bedankt sich für die Einladung. Auch er sieht in dem mobilen Bürgerservice eine wichtige Erweiterung des Service des Stadtamtes. Er steht mit dem Sozialverband für weitere Gespräche zur Verfügung.

Zu TOP 5: Vorstellung der Arbeit der Stadtteil-Schule e. V., u. a. Unterstützung für junge Menschen im Strafverfahren

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

Zu TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf entsprechende E-Mails.

Zu TOP 7: Verschiedenes

Frau Sauer teilt mit, dass sie auf der Facebook-Seite festgestellt hat, dass der Jugendbeirat als „Jugendbeirat 325“ firmiert. Der Jugendbeirat sei jedoch für alle Ortsteile zuständig, nicht nur für Tenever. Es wird gebeten, Herrn Kocas dies mitzuteilen oder auch den Jugendlichen.

Die nächste Ausschusssitzung wird festgelegt auf Dienstag, 14. Juni 2016 um 17 Uhr, möglichst Besuch der Forensik beim KBO. Falls dies nicht möglich, Besuch der neuen Flüchtlingsunterkunft des DRK Walter-Geerdes-Straße. Dort könne man ausnahmsweise tagen, da dort gute Sitzungsräume vorhanden sind.

Bremen, 4. Mai 2016

Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung/Protokollführung)

Jochen Meyer
(Ausschusssprecher)